

Kurzes Statement zur Anhörung im Bundestag am 24.2.2012 zum Thema „Entwicklung der Deutsch-Russischen Wirtschaftsbeziehungen“

1. Nord Stream II ist zu einer Art Symbol geworden, inwieweit die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen überhaupt noch funktionieren, oder abgebrochen werden. Die Bundesregierung hat sich für den Fertigbau der Pipeline und gegen US-Sanktionen eingesetzt. Damit hat sie ein klares Zeichen gegenüber Russland und anderen EU-Staaten gesetzt, dass sie an einer Energiepartnerschaft zwischen Russland und der EU für die Zukunft festgehalten will.
2. Die russische Wirtschaft ist keinesfalls im ruinösen Zustand. Der Einbruch wegen Corona und die Konjunkturprognosen für 2021/22 ähneln denen für andere führende europäische Staaten. Anders als die EU, hat Russland in der „zweiten Welle“ 2020/21 keinen weiteren Lockdown verfügt, um die Wirtschaft nicht weiter zu beschädigen. Der Lebensstandard in der Bevölkerung sinkt, aber Russland ist von den Missständen der 1990er Jahre, die große Teile der Bevölkerung noch in guter Erinnerung haben, weit entfernt. Die Akzeptanz für die Regierung in der Bevölkerung ist solide (Putin: 35%, Nawalny: 4%).
3. Der Handelsumsatz zwischen Russland und der EU ist in den vergangenen drei großen „Hammer“-Krisen (Finanzkrise, Ukraine-Konflikt, Covid-19 Pandemie) eingebrochen. China, nicht Deutschland, ist jetzt Russlands wichtigster Handelspartner. Die Umorientierung Russlands von Europa nach Asien ist sichtbar. Das muss nicht immer so bleiben. Die bilateralen Beziehungen können entlang der seit Jahrzehnten bestehenden Rahmen/Institutionen wieder repariert werden, wenn der politische Wille auf beiden Seiten dafür vorhanden ist.
4. In Russland sind 2/3 der deutschen Firmen nach der Ukraine-Krise verblieben. Sie haben sich psychologisch auf die Spielregeln des russischen Marktes (Lokalisierung der russischen Eigenproduktion, Importsubstitution) eingestellt. Sie werden von der russischen Regierung weiterhin die notwendige Unterstützung erhalten. Schlechter sieht es bei den deutschen Zulieferern und Warenverkäufern nach Russland aus. Die russischen Gegensanktionen 2014 auf Lebensprodukte haben zu Geschäftseinbußen in Millionenhöhe geführt. Das hinterlassene Vakuum auf dem russischen Markt haben asiatische Importeure rasch aufgefüllt; sie werden um ihre Marktstellung kämpfen.
5. Russische Investoren sind wegen der Sanktionspolitik mit erheblichen Problemen, vor allem bei der Finanzierung ihrer Geschäfte und Bankkrediten in

Deutschland, konfrontiert. Auch Vertrauen ist eingebüßt worden. Trotzdem setzen russische Mittelständer in ihrer Expansion nach Westen weiter auf Deutschland, aufgrund der deutschen Rechtssicherheit und der einschlägigen Erfahrung, die man jahrelang gemacht hat.

6. Wie hat Russland die drei schweren Krisen bewältigt? Die Corona-Krise hat Russland besser überstanden, als die meisten westeuropäischen Staaten (was Todeszahlen und wirtschaftlichen Zusammenbruch angeht). Russland hat Reservefonds in Höhe von insgesamt 500 Milliarden Euro angelegt; die finanzielle Mittel in Höhe von über 500 Milliarden Euro in Reservefonds angelegt. Sie sollen strategisch für die Zukunft verwendet und nicht – wie in der EU – als kurzfristiger Rettungsanker dienen. Das macht Russland in der post-Corona-Zeit handlungsfähiger.
7. Wenn die gegenwärtigen Konflikte deeskalieren, sollten Deutschland und Russland sich stärker dem Konzept eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok zuwenden. Dieses Konzept soll nicht nur Rohstoffpartnerschaften oder Technologietransfer bzw. Austausch umfassen, sondern als künftiges Friedensprojekt eine Rolle spielen. In das Konzept eingeschlossen, ist eine Partnerschaft zwischen der EU und Eurasischen Wirtschaftsunion EAWU, die institutionalisiert werden sollte. Die EAWU ist inzwischen eine Realität, die nicht zu leugnen ist.
8. Die traditionelle Energie-Allianz zwischen Deutschland (EU) und Russland könnte im Zuge der großen historischen Energiewende in Europa (nur regenerative Energieträger ab 2050) modernisiert werden. Russlands Beitritt zum Pariser Klimaabkommen ist Grundlage für einen europäischen Green Deal mit dem größten Flächenstaat der Erde. Ohne Kooperation mit Russland wird Europa seine hochgesteckten Klima- und Umweltziele nicht erreichen. Eine Wasserstoffpartnerschaft, in der Politik gerade breit propagiert, wird die Erdgas-Allianz langfristig ersetzen und die Jahrzehnte lange Energiepartnerschaft auf einem anderen Gleis fortsetzen.
9. Nachdem die Bundesregierung erfahren musste, dass die anfängliche europäische Impfstrategie nicht funktioniert, hat sie sich zu einer Kooperation mit Russland in Sachen Sputnik V verständigt. Diese medizinische Zusammenarbeit wird 2021 den Charakter eines Leuchtturmprojektes bekommen und vielleicht helfen, die tiefen Gräben in den diplomatischen Beziehungen – über die Wirtschaft – wieder zuzuschütten. Im Laufe des Jahres 2021 sollten EU und Russland Visabarrieren gegenseitig abbauen, um einer breiten Menschenleben-rettenden Impfung in Ost und West Vorschub zu leisten.

10. Deutschland und Russland stehen vor gewaltigen Herausforderungen von historischem Ausmaß. Russland ist mit einem europäischen Konsumentenmarkt konfrontiert, der sich unabhängig von Energieexporteuren von außen machen will. Außerdem will die EU bis 2050 vollkommen klimaneutral sein – was die traditionelle Rolle des Rohstofflieferanten Russland für die deutsche/europäische Wirtschaft revolutionieren wird. Russland bleiben 30 Jahre, um sich auf das Konsumverhalten des neuen EU-Marktes umzustellen. Als Reaktion darauf, wird Russland seine Rohstoffexporte nach Asien umlenken. Gleichzeitig kommt Russland an einer Modernisierung der eigenen Wirtschaft/Industrie für das 21. Jahrhundert nicht herum. Es sei denn, Russland hält die Etablierung einer ökologischen Marktwirtschaft in Europa von vornherein für eine Utopie.

11. Die eigentlichen Risiken für die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen sind nicht ein Stopp von Nord Stream II oder Nawalny, sondern eine neue, schwere Konfrontation zwischen Russland und der Ukraine, im Falle derer, die Bunderegierung, aus Solidaritätsgründen, die Seite der Ukraine ergreifen würde.

Alexander Rahr

Politologe, Unternehmensberater

Vize-Vorsitzender des Verbandes der Russischen Wirtschaft in Deutschland